

2001

Friedrich-Martin Balzer

D-35037 Marburg 24/4/01

Wilhelmstr. 28

An

die „Oberhessische Presse“

35039 Marburg

Franz-Tuczek-Weg 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bitte um den Abdruck des nachfolgenden Leserbriefes.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich-Martin Balzer

Btr.: Leserbriefe von Dr. Gottfried Mehnert und Eleonore Kaufmann in der OP vom 21. April 2001

Die unsachlichen Ausfälle gegen den Gewerkschaftskollegen Rüdiger Stolzenberg im besonderen, Gewerkschaften und Kommunisten in der SBZ/DDR und BRD im allgemeinen durch Dr. Gottfried Mehnert in der OP vom 21. April 2001 sind mehr als peinlich.

Der Autor sollte sich als CDU-Mitglied daran erinnern, dass die CDU-Hessen, nach der Niederringung des Nationalsozialismus, an der Kommunisten innerhalb und außerhalb Deutschlands einen wesentlichen, wenn nicht den entscheidenden Anteil hatten, 1946 mit SPD und KPD für den Artikel 41 der Hessischen Verfassung gemeinsam eingetreten ist. Auch wenn die SPD schon lange und die PDS schon bald nichts mehr davon wissen wollen: Der erste Satz des Ahlener Programms der CDU aus dem Jahre 1947 lautet „Der Kapitalismus ist den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Erinnert sich Herr Mehnert nicht daran, dass die CDU Nordrhein-Westfalen sich noch 1950 für Verfassungsgebote eingesetzt hat, die dem Leserbriefschreiber heute als „kommunistisch“, d.h. als eine Ausgeburt des Teufels vorkommen.

Anstatt sich vor die Burschenschaften und den OB Möller zu stellen, sollte Herr Mehnert zu jener Sachlichkeit zurückkehren, die seine Marburger theologische Dissertation aus dem Jahre 1956, 1959 in Düsseldorf als Buch unter dem Titel „Evangelische Kirche und Politik: 1917-1919“ erschienen, einst ausgezeichnet hat.

Die beiden von Deutschland zu verantwortenden Weltkriege konnten neben dem Versagen des Bürgertums und der Schwäche der Arbeiterbewegung übrigens auch deshalb nicht verhindert werden, weil sich die Gewerkschaften - vor ihrem Verbot am 2. Mai 1933 - auf jene Aufgaben glaubten zurückziehen zu sollen, die Herr Mehnert – u.a. im Gegensatz zum Grundsatzprogramm des DGB aus dem Gründungsjahr der BRD 1949 - für die einzig legitimen hält. Sollte Herr Mehnert nach der abenteuerlichen Politik des deutschen Weltmachtstrebens und der im Endresultat allzu schwachen Gegenwehr nicht sein Augenmerk auf die Rolle der Evangelischen Kirche heute lenken, die, nachdem Deutschland als Großmacht, erst recht nach dem Anschluß der DDR an die alte BRD, wiedererstanden ist, ihre Militärgeistlichen wieder zu grundgesetzwidrigen und völkerrechtswidrigen Kriegseinsätzen „out of area“ aussendet?

Muß man dem Holocaust nur knapp entronnen sein und so wach und tapfer geblieben sein wie Eleonore Kaufmann, um in der Auseinandersetzung um den Auftritt der Burschenschaften und ihre Unterstützung durch OB Möller zu einer sachlichen Stellungnahme zu gelangen?

Rüdiger Stolzenberg verdient nicht in Frageform verkleidete antikommunistische Hetze, sondern Dank dafür, dass er mit dazu beigetragen hat, gegen das antidemokratische Denken innerhalb und außerhalb der Korporationen Widerstand zu mobilisieren, auch wenn sicher nicht alle Korporierten zu den Neonazis zu rechnen sind.

Der Verfasser dieser Zeilen weiß, wovon er spricht. Vor 36 Jahren trat er aus seiner „Verbindung“ aus, weil das Absingen des „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“-Liedes von den „Alten Herren“ wieder angesagt wurde. In der Öffentlichkeit bekannten sich auf Marburger Korporationsveranstaltungen damals zu diesem nationalistischen gegenüber der sozialen Wirklichkeit dieses Landes blind machenden Ritual nur die in der wirtschaftlichen Krise hochgespülten Neo-Nazis der NPD unter Führung Adolf von Thadens und der stolze Ritterkreuzträger des von allem Anfang an verbrecherischen Zweiten Weltkrieges, Erich Mende.

Wo stehen wir heute, wenn der (noch) amtierende Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg es für richtig hält, es den Neonazis und Burschenschaftlern gleich zu tun?

Friedrich-Martin Balzer, Wilhelmstr. 28, Marburg

Dr. Friedrich-Martin Balzer

35037 Marburg 29/3/2001
Wilhelmstr. 28

An
die Redaktion
des RotFuchs
(nicht abgeschickt)

Lieber Genosse Steiniger,

mit großem Interesse habe ich die mir von Rosemarie Müller-Streisand zugeschickten ersten drei Ausgaben des RotFuchses aus diesem Jahr erhalten. Der Artikel „Ein Theologe als Kommunist“ in Nr. 37 veranlasst mich jedoch zu einer Stellungnahme, um deren Abdruck ich bitte:

„Ich habe nichts dagegen, dass Theologen Mitglieder einer kommunistischen Partei, hier der DKP, sind. Vereinzelt und von ihrer Kirche verfolgte Theologen haben in der Geschichte mehr zur Sache der Arbeiterklasse beigetragen, als es staatstragende und in der Diaspora agierende kommunistische Parteien meistens wahr haben wollten. Nichts auch gegen Dieter Frielinghaus, Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand. Nichts auch gegen das ehrende Gedenken an Pfarrer Mochalski. Wenn aber Rosemarie Müller-Streisand glaubt, die Gelegenheit abermals nutzen zu sollen, um gegen „die religiösen Sozialisten“ in toto polemisieren zu sollen und zu recht für viele ihrer Angehörigen einen Zusammenhang mit der „Theologie der Befreiung“ herzustellen, ist ein Wort des Widerspruchs unerlässlich. Die Tatsache, dass von Erwin Eckert, dem ersten amtierenden Pfarrer, der öffentlich der Kommunistischen Partei beitrug und dabei sein Leben in die Wagschale warf, mit keinem einzigen Wort die Rede ist, ist mehr als peinlich. Es ist ein Skandal!

Ich teile ihre Auffassung, dass sich „in kritischen Augenblicken der Geschichte“ erweist, was von einer Sache, für die Menschen einstehen, zu halten ist. Was einer ist, was einer war, in kritischen Augenblicken der Geschichte wird es offenbar. Nun spielen „religiöse Sozialisten“ nach 1945 und Vertreter der „Theologie der Befreiung“ in unseren Breitengraden keine relevante Rolle mehr. So konnten sie beim „Anschluß“ der DDR an die BRD, Konsequenz des zu keinem Zeitpunkt von den Herrschenden und ihren Außen- und Regierungsvertretern in der BRD aufgegebenen „Alleinvertretungsanspruchs“, auch keine nennenswerte Rolle spielen. Die Evangelischen Kirchen in der

DDR waren nun wahrlich nicht mit irgendwelchen „religiös-sozialistischen“ Positionen gleichzusetzen.

Auf „die religiösen Sozialisten“ einzuschlagen, kommt mir so vor wie ein der eigenen Selbstbefriedigung bzw. Selbsttäuschung dienendes Tontaubenschießen. Was die Relevanz der „Theologie der Befreiung“ betrifft, die durchaus Bezugspunkte zu den religiösen Sozialisten der Weimarer Republik aufweisen, so möge man sich beim Genossen Fidel Castro in Kuba erkundigen, der über die Lage in Lateinamerika offenbar besser Bescheid weiß.

Was die religiösen Sozialisten in der Weimarer Republik betrifft, so sind sie die einzige relativ geschlossene Gruppierung im deutschen Protestantismus gewesen, die dem heraufziehenden Faschismus Widerstand geleistet hat und 1933 zu den antifaschistischen Tätern und Opfern gehörte.

Bekanntlich habe ich mich ausschließlich mit solchen religiösen Sozialisten in meiner Erinnerungsarbeit beschäftigt, die entweder 1933, in einem kritischen Augenblick der Geschichte, auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden haben: Erwin Eckert (Gefängnis und Zuchthaus), Emil Fuchs (Gefängnis, Berufsverbot, Emigration), Heinz Kappes (Gefängnis und Emigration), Karl Kleinschmidt (Gefängnis und Disziplinarverfahren im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht), Hermann Francke (Gestapo-Haft), Ludwig Simon (Strafversetzung), Arthur Rackwitz (Konzentrationslager Dachau) etc. (Genaueres über die christlichen Antifaschisten der ersten Stunde ist in der DDR-Zeitschrift der Leipziger Fakultät nachzulesen.) Gleiches gilt übrigens auch für das Buch über die Christen, die 1989 zu den Besiegten und Widerstehenden der Geschichte gehört haben bzw. gehört hätten. (Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller und Gert Wendelborn, Bonn 1993).

Stattdessen konzentrieren sich Hanfried Müller und Rosemarie Streisand mit Vorliebe auf solche „religiöse Sozialisten“, die den Lackmустest nicht bestanden haben wie etwa Georg Wünsch. Als ob er und andere religiöse Sozialisten die einzigen gewesen wären, die von der Fahne gingen, sich anpassten oder folgenreiche Fehler begingen!

Legt man das von Rosemarie Müller-Streisand zu recht eingeführte Kriterium der Nagelprobe im Jahre 1933 an, so kann von einer „Bekennenden Kirche“ im Jahre 1933 überhaupt keine Rede sein. Und auch Karl Barth hat im Jahre

1933 die „Zeichen der Zeit“ entweder nicht begriffen, oder nichts dagegen unternommen.

Nur das theologische Reinheitsgebot von orthodoxen Theologen, die zugleich orthodoxe Kommunisten sein wollen, kann den Blick auf diesen historischen Sachverhalt verstellen. Geschichte ist kompliziert und kann nur dialektisch begriffen werden. Tatsachen sollten nicht verrückt werden, auch wenn man es gerne so hätte. Der im RotFuchs zurecht von Peter Hacks gepriesene Hans Heinz Holz würde sich, so meine Hoffnung, – ohne theologisches Reinheitsgebot – dieser schwierigen Aufgabe nicht entziehen.“